

PRESSEMITTEILUNG

Rostock, den 29. Januar 2026

Zur erneuten Verschiebung der Auflösung der Förderschulen Lernen

Als Verband Sonderpädagogik Mecklenburg-Vorpommern stehen wir uneingeschränkt für eine inklusive, gerechte Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Inklusion ist kein Gegenmodell zur Förderschule – sie ist ein Anspruch an das gesamte Bildungssystem und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Förderschulen sind dabei ein notwendiger und fachlich begründeter Bestandteil – aber nur so lange wie Regelschulen nicht in der Lage sind, allen Schüler:innen gerecht zu werden.

Mit großer Sorge blicken wir auf die nun angekündigte erneute Streckung der Auflösung der Förderschulen Lernen – diesmal bis 2035. Bereits die Verschiebung von 2027 auf 2030 wurde mit dem Versprechen begründet, die gewonnene Zeit für notwendige strukturelle, personelle und konzeptionelle Vorbereitungen zu nutzen. **Diese Vorbereitungen sind bis heute nicht in ausreichendem Maße erfolgt.**

Zeit zu gewinnen ist nur dann sinnvoll, wenn sie konsequent genutzt wird. Ein bloßes Aufschieben ohne verbindliche Zwischenziele, ohne überprüfbare Maßnahmen und ohne transparentes Gesamtkonzept führt nicht zu besserer Inklusion – sondern zu Stillstand. Für Schüler:innen, Eltern und pädagogische Fachkräfte bedeutet das vor allem eines: **anhaltende Unsicherheit.**

Die erneute Fristverlängerung wirft daher eine zentrale Frage auf: **Woher soll die Glaubwürdigkeit kommen, wenn politische Zielmarken immer wieder verschoben werden, ohne dass sich an den realen Bedingungen in den Schulen substantiell etwas ändert?**

Aus sonderpädagogischer Perspektive ist klar: Wenn Erwartungen formuliert, Konsequenzen angekündigt und Veränderungen versprochen werden, diese aber immer wieder folgenlos bleiben, verliert das gesamte System an Verlässlichkeit. Was in der Pädagogik selbstverständlich ist, muss auch für Bildungspolitik gelten: Ohne Konsequenz verliert jedes Handeln seine Wirkung.

Wir können als Fachverband nicht akzeptieren, dass Förderschulen über Jahre im bestehenden, vielfach kritisierten Konzept weitergeführt werden, **ohne dass parallel verbindlich daran gearbeitet wird,**

- wie sonderpädagogische Expertise systematisch in Regelschulen eingebunden wird,
- wie ausreichend qualifiziertes Personal gewonnen und gehalten werden soll,
- wie räumliche und sächliche Voraussetzungen geschaffen werden,
- und wie individuelle Bildungswege für Kinder mit Lernbeeinträchtigungen konkret ausgestaltet werden.

Inklusion darf kein politisches Verschiebemanöver sein. Sie muss geplant, finanziert, umgesetzt und evaluiert werden – jetzt. Eine weitere Verlängerung der Frist kann nur dann verantwortbar sein, wenn sie an klare Meilensteine, verbindliche Maßnahmen und transparente Berichterstattung geknüpft wird.

Der Verband Sonderpädagogik MV fordert daher:

- ein verbindliches, landesweites Zwischenkonzept für die Zeit bis zur Auflösung der Förderschulen,
- konkrete Zeitpläne mit überprüfbaren Zielen,
- eine sofortige Stärkung der bestehenden Förderschulen **und** der Regelschulen,
- sowie eine ernsthafte Einbindung der sonderpädagogischen Fachpraxis in alle weiteren Entscheidungen.

Uns ist wichtig, deutlich zu machen: Die Sorgen und Ängste von Eltern von Kindern an Förderschulen sind real und berechtigt. Viele Familien erleben seit Jahren Unsicherheit durch wechselnde politische Ankündigungen und fehlende Verlässlichkeit in der Bildungspolitik. Diese Erfahrungen dürfen nicht ignoriert oder instrumentalisiert werden.

Zugleich gilt: **Auch Kinder an Förderschulen haben ein Recht auf inklusive Bildung.** Dieses Recht ist bundesrechtlich verankert und durch die UN-Behindertenrechtskonvention verbindlich. Daraus folgt eine klare Verantwortung des Landes, Inklusion umzusetzen – nicht aufzuschieben. Inklusion bedeutet dabei nicht, Kinder in ungeeignete Strukturen zu verlagern, sondern die Strukturen so zu verändern, dass sie den Kindern gerecht werden.

Die Frage ist nicht, **ob** Inklusion gelingt – sondern **wie ernsthaft sie betrieben wird.** Die Schüler:innen haben keine Zeit für weitere politische Warteschleifen.

Ebenso klar sagen wir: Wir können nicht akzeptieren, dass bildungspolitische Entscheidungen – explizit oder implizit – von wahlkampfaktischen Überlegungen beeinflusst werden. **Inklusion ist kein Spielball politischer Machtstrategien und kein Mittel zur Gewinnung potenzieller Wähler:innen.**

Hier geht es um reale Bildungsbiografien, um Teilhabechancen, um Würde und um Verlässlichkeit. **Es geht um Menschen – nicht um Papier, Fristen oder politische Symbolik.** Wer Inklusion ernst meint, muss sie unabhängig von Wahlterminen planen, finanzieren und umsetzen.